

Joachim Bischoff

Politische Ökonomie der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert

Wandlungen des modernen Kapitalismus

Der Mythos von einem sich abzeichnenden Ende der Arbeitsgesellschaft unterliegt den aktuellen Debatten um Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Unbestreitbar: Massenarbeitslosigkeit, die Ausfächerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung, sowie wachsende Defizite in den öffentlichen und Sozialkassen hinterlassen seit Ende der 1970er Jahre deutliche Spuren im Sozialgefüge der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Die Gewerkschaften agieren seit Jahrzehnten in der Defensive. »Bereits seit Jahren erleben wir eine massive Umverteilung von Arbeit zu Kapital. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes ist bei der Verteilung der Einkommen zwischen Arbeit und Kapital der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (Lohnquote) seit 1993 von 72,2 Prozent auf 66,2 Prozent zurückgegangen. Spiegelbildlich verbucht das Kapital einen Anstieg seiner Gewinnanteile an der Wertschöpfung. Dies bedeutet natürlich zugleich einen permanenten Machtverlust der Arbeitnehmerseite – was auch in der wachsenden Unverblümtheit der Arbeitgeber zum Ausdruck kommt. Inzwischen wird ganz offen damit kokettiert, dass die sinkende Lohnquote eine höchst willkommene Folge der Schwäche der Gewerkschaften sei, während mit den lohnpolitischen Empfehlungen der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften betrieben wird.«¹

Die gesellschaftliche Praxis eines regulierten Kapitalismus wuchs aus den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervor und hatte in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. Auf diese Unterschiede wird mit der Bezeichnung »Rheinischer Kapitalismus« angespielt. Anfang der 1990er Jahre setzte sich der französische Manager und Ökonom Michel Albert mit der aufkommenden Shareholder Value-Orientierung und dem Aufstieg des Finanzmarkt- oder Aktionärskapitalismus auseinander. In Absetzung zu dieser Entwicklungstendenz machte er einen Typus von Kapitalismus mit sozialem Ausgleich und gesellschaftlicher Regulation aus: »das rheinische Modell des Kapitalismus, das man nicht nur, von den Niederlanden bis in die Schweiz, den ganzen Rhein ent-

¹ Hickel 2007: 262

lang wiederfindet, sondern (...) auch in Skandinavien und vor allem, mit unvermeidlichen kulturellen Verschiebungen, auch in Japan.«²

Diese Variante des Kapitalismus ist durch eine spezifische Regulationsweise charakterisiert. Die Stärke der nationalen Organisationen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung sorgte dafür, dass die Sozialstaaten zu einem starken Stabilitätsfaktor des fordistischen Akkumulationsregimes durch gewerkschaftliche Verteilungspolitik, soziale Sicherungssysteme und keynesianische Nachfragepolitik ausgebildet wurden. Dabei kristallisierten sich unterschiedliche transnationale Entwicklungspfade heraus.

Die Veränderung des Erscheinungsbildes des modernen Kapitalismus (Finanzmarkt- oder Aktionärskapitalismus) hängt mit der seit Jahren betriebenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, technologischen Veränderungen, die die Globalisierung der Finanzmärkte beförderten, und der Herausbildung einer neuen Machtstruktur der Finanzmarktakteure zusammen. Im Zentrum des »neuen Kapitalismus« stehen die Fonds (Pension, Investment, Hedge, Private-Equity), die in den letzten Jahren gewaltig an Macht gewonnenen haben. Es sind vor allem die milliardenschweren Hedgefonds sowie die Private-Equity-Fonds, die Teile von Unternehmen bzw. ganze Unternehmen je nach Renditeerwartungen aufkaufen und in der Regel nach zwei bis drei Jahren wieder verkaufen. Selbstverständlich bleiben die grundlegenden Charakteristika der kapitalistischen Gesellschaftsformation bestehen.

Dieser entfesselte Kapitalismus stützt sich auf eine kundenzentrierte, flexible Massenproduktion und eine entsprechende Arbeitsorganisation. Durch die flexible Produktion werden die unter dem fordistischen Fabrikregime erkämpften Rahmenbedingungen der Lohnarbeit und die darauf aufbauenden Aspekte sozialer Sicherheit in wachsendem Umfang zerstört. Durch die technologische Entwicklungen – neue Rohstoffe, neue Verfahrensweisen und neue Produkte – wurde ein Wandel des Regulationsregimes unvermeidlich. Eine flexible Produktionsweise erzwingt flexible Arbeitsmärkte und ist mit dem überlieferten System sozialer Sicherheit nicht vereinbar. Der neue Produktions- und Akkumulationsmodus verändert nicht nur die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft, sondern auch die Verteilungsverhältnisse. Die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermö-

² Albert 1992: 25

genseinkommen schlägt sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder.

Neoliberale Gesellschaftspolitik setzt auf Deregulierung, um durch den Abbau hemmender staatlicher Regelungen eine Befreiung unternehmerischen Handelns und damit eine gesamtgesellschaftliche Prosperitätskonstellation zu schaffen. Die Umgestaltungen beziehen sich folgende Aspekte:

- Durch die Lockerung von Regulierungen auf den Finanzmärkten und im Finanzsystem, Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen und eine EU-getriebene Liberalisierung der Finanzmärkte entwickelt sich ein grenzüberschreitendes Finanzregime.
- Durch Veränderungen im Arbeitsrecht, die Beschränkung von Sozialtransfers im Falle von Arbeitslosigkeit und die Neuorganisation der sozialen Sicherheit wurde ein Umbau der Regulierung des Lohnarbeitsverhältnisses erzwungen.
- die formale Privatisierung der staatlichen oder kommunalen Versorgungsunternehmen. Z.T. findet eine faktische Privatisierung in dem Sinne statt, dass diese Unternehmen über einen Börsengang oder durch Verkauf an Banken, Beteiligungsgesellschaften etc. in Privateigentum überführt und neue Formen der Kontrolle ehemals staatlicher Monopole, vor allem in der Kommunikations- und Netzwerkindustrie, etabliert wurden.

Kritik und Frage nach einer anderen Politik

In Deutschland ist im Verlauf der 1990er Jahre die umfassende Deregulierung der Finanzmärkte durchgesetzt worden. Die Bedeutung des Kapitalmarktes für die Finanzierung der Unternehmen ist im internationalen Vergleich immer noch unentwickelt, aber die Verschränkung zwischen Unternehmen, Banken und Versicherungen – auch als »Deutschland AG« bezeichnet – ist aufgelöst. Die beständige Erhöhung der Eigenkapitalrenditen muss letztlich durch Erhöhung der Ausbeutungsrate und das Drücken der Löhne unter Normalniveau gegenfinanziert werden. Daher kommen die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Abschwächung ihrer wirtschaftlichen Wachstumsraten, zugespitzten Verteilungsaueinandersetzungen um diese Zuwächse und der Tendenz zur kontinuierlichen Verschärfung von sozialen Gegensätzen und gesellschaftlicher Ausgrenzung nur heraus, wenn durch eine neue Form von Regulation die Vermachtung der Finanzmärkte zurückdrängt oder letztlich aufgehoben wird. Posi-

tiv gefasst heißt dies: Die Arbeitskraft darf im entwickelten Kapitalismus nicht auf einen Warencharakter reduziert und den Ansprüchen des Geldkapitals untergeordnet werden.

Die unter den Imperativen der Finanzmärkte erzwungene Konzentration auf das Kerngeschäft, betriebswirtschaftliche Dezentralisierung und Verminderung der Fertigungstiefen, bringt kein neues zukunftsfähiges Produktionsmodell hervor. Gewinne sind das unverzichtbare Scharnier der Kapitalakkumulation. Doch im Finanzmarktkapitalismus werden Profite, Realinvestitionen und Beschäftigung tendenziell entkoppelt. Für die Abflachung der Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums werden die soziale Sicherheit und die tariflichen Rechte der Arbeitenden verantwortlich gemacht.

Gleichwohl: Es gibt keine politische Legitimation durch eine Mehrheit der Wahlbevölkerung für die Zerstörung eines regulierten Kapitalismus und des Sozialstaates. Die politisch verstärkte Zerstörung des Lohnarbeitsstatus stößt nicht nur bei besonders betroffenen Lohnabhängigen, sondern auch in anderen sozialen Schichten auf Widerspruch – trotz enormen Drucks in und durch die öffentliche Meinung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung will sich nicht mit dem Abbau sozialer Rechte und der Zerstörung sozialen Eigentums (Krankenversicherung, Alterssicherung, öffentliche Versorgung) abfinden und hält aufgrund tief verwurzelter sozialstaatlicher Normen an der Erwartung einer sozialen Regulierung des Kapitalismus auch für das 21. Jahrhundert fest. »Diese Normen sind keineswegs auf die untere Hälfte der sozialen Pyramide beschränkt; auch beträchtliche Teile der Mittelschichten haben sie übernommen. Vor allem aber haben sich diese Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen als überaus stabil erwiesen. Sie stehen als stiller Konsens der Bevölkerung in einem beinahe grotesken Gegensatz zum öffentlichen Diskurs.«³

In der bundesdeutschen Gesellschaft haben sich vor dem Hintergrund von hoher Arbeitslosigkeit, der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, verfestigter Armut, einer beschleunigten Erosion der sozialen Sicherheit und der Rückkehr von sozialer Unsicherheit tiefsitzende Zukunftsängste und ein massiver Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen ausgebreitet. Der gesellschaftliche Wandel erscheint als naturgegebener Prozess, der von der Politik nicht gesteuert und kontrolliert werden kann. In der letzten Konsequenz führt dies zu einer Entkoppelung der Politik und der demokratischen Willensbildung von den von der Ökonomie ausgelösten Veränderungen.

³ Oberdörfer 2004

Ohne Zweifel gibt es soziale Gruppierungen von Lohnabhängigen, die von der Tendenz zur Selbstorganisation und den größeren Individualitätsspielräumen in und außerhalb der Arbeit angesprochen werden. Deren Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen korrespondieren mit Ansprüchen, auch mit Blick auf die sonstigen gesellschaftlichen Sektoren individuell ausgerichtete Dienste und Absicherungen kaufen zu können. Es gibt ohne Zweifel Gewinner der Flexibilisierung und somit breitere soziale Schichten, die sich von dem Gesellschaftsbild der Neoliberalen angesprochen fühlen. Die Trennlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Entfesselung und Flexibilisierung des Kapitals verläuft entlang der objektiven Ressourcen und der organisatorischen Basis, auf die sich die Individuen stützen können, um mit diesen neuen Situationen zurecht zukommen. Diejenigen, die über kein wirtschaftliches, kulturelles oder auch gesellschaftliches Kapital verfügen, sind auf kollektive Sicherungsformen angewiesen. Entscheidend für eine anti-neoliberale Politik ist daher: Entwicklung der eigenen politischen Glaubwürdigkeit und Ausrichtung der politischen Strategie auf die Herausbildung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, das sowohl die Ausgegrenzten und Verlierer, aber auch die Gewinner des »neuen Kapitalismus« umgreift.

Eine moderne Politik müsste der Verschiebung der Verteilungsverhältnisse entgegenarbeiten und eine Politik der Regulation und Steuerung der nationalen, europäischen und internationalen Wirtschaftsprozesse verfolgen. Denn die politische Praxis sowohl der Parteien des bürgerlichen Lagers als auch der Mitte-Links-Koalitionen zielt weiter auf eine Entfesselung des Kapitals und die Verstärkung der Umverteilungseffekte.

Eine an der Lohnarbeit orientierte Zukunftsvorstellung kann den Übergang in eine neuartige gesellschaftliche Entwicklung eröffnen. Ausgehend von den gegenwärtigen Widersprüchen geht es um eine Umstrukturierung der Verteilungsverhältnisse und eine Neuordnung der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Die politische Alternative zu Stilllegungsprämien für die faktisch oder vermeintlich Überflüssigen und »aktivierender« Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist die Veränderung der ökonomischen, politischen und geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnisse. Im Zentrum einer an der ökonomischen Emanzipation der Lohnarbeit ausgerichteten Zukunftskonzeption steht die Entwicklung eines modernen, überwiegend wissensbasierten Dienstleistungssektors und eine massive Verkürzung der Arbeitszeit.

Der neoliberale Strukturwandel widerlegt falsche Hoffnungen

Die sozialstaatlich befriedete Industriegesellschaft der Nachkriegsjahrzehnte ist mit der politisch durchgesetzten Deregulierung wiederum dem Regime weltweiter Märkte ausgesetzt worden. Die bisherige gemischte Struktur, die auf einem regulierten privatkapitalistischen Unternehmens- und Marktbereich, einem wirtschafts- und sozialpolitisch steuernden Staat und einem ausgebauten Sozialsektor beruhte, der die private Lebensführung durch öffentliche und soziale Dienstleistungen ergänzte, wird in Richtung einer Dominanz der marktwirtschaftlichen Prozesse aufgelöst. Ausbildung, Gesundheitsvorsorge und Alterssicherung werden stärker der marktwirtschaftlichen Ordnung unterworfen.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Arbeit lassen sich also für die kapitalistischen Metropolen zwei Entwicklungstendenzen festhalten. Zum einen ist die jährliche Arbeitszeit deutlich verringert worden: »1870 mussten die Beschäftigten in den meisten der heutigen Industrieländer zwischen 2.900 und 3.000 Stunden im Durchschnitt pro Jahr arbeiten. Seit dem ist die durchschnittliche Arbeitszeit um bis zu 50 v.H. zurückgegangen.«⁴ Zum anderen ist die Verkürzung der Arbeitszeit von einer Differenzierung der gesellschaftlichen Arbeit und massiven Änderungen in der Arbeitsorganisation begleitet, was sich auch in einer veränderten Qualifikationsstruktur niederschlägt.

Im zurückliegenden »goldenen Zeitalter« der beschleunigten Kapitalakkumulation konnte mit dem sozialstaatlichen Arrangement in Westeuropa ein starker Bereich von öffentlich finanzierter oder zumindest subventionierter Arbeit durchgesetzt werden, was nicht dahingehend missverstanden werden darf, dass es keinerlei Schattenseiten der fordistischen Entwicklungsetappe gegeben hätte. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise stand sowenig zur Debatte wie eine relevante Umverteilung des Reichtums, sondern die sozialstaatliche Regulierung zielte bei Fortschreibung vorhandener sozialer Spaltungen auf Ausgleichsoperationen und eine Partizipation der Lohnarbeit und der subalternen sozialen Schichten an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Zukunftsvorstellung, dass sich nach dem Zeitabschnitt der »glorreichen Dreißiger«⁵ im Selbstlauf ein Übergang zu einem modernen Dienstleistungssektor durchsetzen würde, hat sich als Illusion erwiesen. Gestützt

⁴ Bosch, G. 1998: 346

⁵ Fourastie 1979

auf Fourastie verbreitete sich die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, dass die kapitalistische Akkumulation im Selbstlauf höheren gesellschaftlichen Wohlstand, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Ausbau der sozialen Sicherheit und Entwicklung von Bildung und Kultur generieren würde. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit würde sich vom primären Wirtschaftssektor auf den sekundären, industriellen Sektor und schließlich auf den tertiären Sektor (Dienstleistung) verlagern. Es war eine falsche Hypothese, dass der Übergang vom sekundären in den tertiären Sektor das Problem der Arbeitslosigkeit beseitigen könnte, da dieser Sektor nicht rationalisierbar sei. Die neoliberalen Eliten haben dagegen begriffen, dass die Expansion des Dienstleistungssektors entweder gesellschaftlich gesteuert erfolgt (auf Grundlage einer massiven Abschöpfung des gesellschaftlichen Surplus) oder aber sich stützt auf die Einkommensentwicklung der besser situierten privaten Haushalte.

Strukturwandel der Arbeit und Rolle der Arbeitszeit

Es ist unstrittig, dass sich in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Absolutheitsanspruch der Lohnerwerbsarbeit auflöst. Die hochentwickelte Produktivität, die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit, die Arbeitsregelungen für Lohnarbeit, die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse stellen die bisherige antagonistische gesellschaftliche Entwicklung in Frage, der zufolge die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der frei verfügbaren Zeit – sei es zur Ausübung nicht unmittelbar produktiver Tätigkeiten, sei es zur Muße, sei es zur Entwicklung menschlicher Fähigkeit und gesellschaftlicher Potenzen, die keinen unmittelbar praktischen Zweck verfolgen (Kunst, Wissenschaft etc.) – auf der geknechteten und Überarbeit der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung basiert. Schon im gegenwärtigen Krisenstadium können daher Arbeit und Tätigkeit ihre Wirksamkeit entfalten.

Allerdings ist es eine gefährliche Illusion, davon auszugehen, die bisherige Grundlage der »produktiven Arbeit« würde sich mit der Zeit gleichsam von selbst auflösen. Der Unterschied von Arbeit und Tätigkeit kann erst dann seinen Reichtum vollständig entfalten, wenn die Verteilungsverhältnisse einer radikalen Neuorganisation unterzogen werden. Solange die Verteilung der Kapital- und Vermögenseinkommen vollständig den Marktkräften überlassen werden, wird die Reorganisation der Gesellschaft auf ein Mindesteinkommen reduziert werden, das sich aus den historisch erkämpften Sozialtransfers (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe) speist.

Auch angesichts eines Strukturwandels zu Dienstleistungen oder wissensbasierter Arbeit erweist sich also die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft als ein moderner Mythos:

- Schon rein empirisch zeigen uns die gesellschaftlichen Tendenzen das glatte Gegenteil dieser Behauptung. In allen kapitalistischen Hauptländern liegt die Erwerbstätigkeit heute höher als Mitte der 1970er Jahre. Vor allem die Quote der erwerbstätigen Frauen ist deutlich angestiegen, wenn gleich die Bundesrepublik Deutschland in dieser Hinsicht eher ein Schlusslicht ist. »Eine erhöhte Frauenerwerbsbeteiligung verbindet sich in der Regel damit, dass mehr bisher erbrachte Arbeiten nun marktförmig organisiert werden und die Nachfrage nach haushaltsbezogenen Diensten, nach Betreuung von Kindern und älteren Personen, nach Ausdehnung von Bildungsangeboten sowie nach Gaststättenleistungen steigt.«⁶ Es ist völlig realitätsfremd, die Tendenz der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft und der Ausweitung der marktvermittelten gesellschaftlichen Produktionen mit einer von den Gewerkschaften geförderten Arbeitssucht in Verbindung zu bringen. Nicht die behauptete Arbeitssucht ist für diese Entwicklung verantwortlich, sondern der gesellschaftliche Strukturwandel infolge der gestiegenen und weiter steigenden Arbeitsproduktivität, die neoliberale Politik der Deregulierung und Privatisierung, der Aufkündigung einer mixed economy und des Abbau des Sozialstaates.
- Bemerkenswert ist zudem die Tendenz zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die aktuelle Rentenreform, mit der eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre eingeleitet wird, bewegt sich entlang der faktischen Veränderung der Erwerbsverhältnisse.
- Sicherlich hat es bis zum Ende des 20. Jahrhunderts eine Tendenz zur Verminderung der wöchentlichen und Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen gegeben. Fakt ist allerdings, dass infolge der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse, der Schwächung der Gewerkschaften und der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes der Prozess weiterer Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik ins Stocken geraten ist. Die tarifliche Vereinbarung der 35-Stunden-Woche hat keinen gesellschaftlichen Durchbruch gebracht. Wir konstatieren selbst in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen eine rückläu-

⁶ Baethge 2000: 100

fige Tendenz, d.h. Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich. An die Einführung einer gesetzlichen Regelung ist in Deutschland zur Zeit nicht zu denken.

- Die massiven Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte sind zudem verknüpft mit radikalen Veränderungen der Arbeitsorganisation. Der jetzt erreichte Intensitätsgrad – Verdichtung der Arbeit – erfordert in den industriellen Bereichen einen Arbeitsrhythmus mit begrenztem täglichen Arbeitseinsatz, wöchentlichen und jährlichen Regenerationszeiten, sowie eine Begrenzung der Lebensarbeitszeit. Die Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeiten hat ein neues Mischungsverhältnis von Voll- und Teilzeitarbeitsverhältnissen möglich gemacht. Daraus ergibt sich m.E. die Schlussfolgerung: Eine weitere Verkürzung der Wochen-, Jahres und Lebensarbeitszeit ist aus Leistungs- und Qualitätsgründen geboten und realisierbar. Selbstverständlich würde dadurch auch ein Beitrag zur Verminderung der Massenarbeitslosigkeit geleistet.
- Aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit ist kein Königsweg zur Herstellung des Normalarbeitsverhältnisses. Weitere Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung, die sich in einer anderen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit niederschlagen, müssen begleitet sein von einer Umgestaltung der Verteilungsverhältnisse und einer effizienten gesellschaftlichen Steuerung des Reproduktionsprozesses.
- Massenarbeitslosigkeit, die Ausfächerung der Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie wachsende Defizite in den öffentlichen und Sozialkassen hinterlassen seit Ende der 1970er Jahre deutliche Veränderungen im Sozialgefüge der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Auch in den USA, die im Unterschied zu den anderen kapitalistischen Hauptländern selbst bei einem gewachsenen Arbeitsvolumen ein beeindruckendes Beschäftigungswachstum und niedrige Arbeitslosenquoten aufweisen, zeigt sich eine Ausdehnung und Verfestigung verschiedener Formen sozialer Ausgrenzung. Von einem Verschwinden der Lohnarbeit kann in den kapitalistischen Hauptländern überhaupt keine Rede sein. Es wächst die informelle Ökonomie und die Schwarzarbeit, was aber mit einem massiven Zuwachs an ungeschützter Arbeit verbunden ist.
- Die chronische Massenarbeitslosigkeit hat in den westeuropäischen Sozialstaaten tiefe Spuren hinterlassen. Diese seit Jahrzehnten an-

dauernde Arbeitslosigkeit hat den Trend zu Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse verstärkt. Die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse liegt in Deutschland in einer Größenordnung von 7-8 Millionen Menschen. Diese Herausbildung eines »Niedriglohnbereiches von prekären Beschäftigungsverhältnissen« hat die Reichweite der Tarifverträge und die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung deutlich eingeschränkt. Über die durch die Massenarbeitslosigkeit ausgelöste Erosion der finanziellen Fundament des sozialen Sicherungssystems wird die gesamte Gesellschaftsstruktur beschleunigt verändert. Unbestritten ist daher, dass wir es in den allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern im Verlaufe der 1980er Jahre mit einer neuen Qualität sozialer Spaltung zu tun haben.

Gibt es ein Veränderungspotential ?

In der Konfrontation mit den charakteristischen Merkmalen des Spätkapitalismus wird deutlich, dass wir seit den 1970er Jahre erneut mit einem tiefgreifenden Transformationsprozess der kapitalistischen Hauptländer konfrontiert sind, der nicht nur den zyklischen Verlauf der kapitalistischen Akkumulationsprozesse betrifft, sondern eben auch die Aufkündigung des asymmetrischen Klassenkompromisses der fordistischen Entwicklungs- etappe, die eine politisch gewollte Attacke auf die Legitimationsbasis der politischen Demokratie einschließt.

Die Konsequenz der Shareholder Value-Strategie: Die Lohnabhängigen werden beim Umbau der Unternehmensnetze nicht beteiligt. Sie sollen in verschlankten Wertschöpfungsprozessen Eigenkapitalrenditen von 15% und mehr erwirtschaften und sich zugleich mit (nach Unternehmerinteressen) flexiblen Arbeitszeiten, Lohnsteigerungen unterhalb der gesellschaftlichen Produktivitätsrate und niedrigeren Altersrenten zufrieden geben.

Auch wenn man verstärkte Anstrengungen der Gewerkschaften unterstellt und von einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz von gesellschaftlicher Regulierung ausgeht – was keineswegs selbstverständliche Annahmen sind –, dürfte die Vollzeitwerbstätigkeit (Normalarbeitsverhältnis) weiter zurückgehen, während das Gewicht von Teilzeitbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Niedriglohnsektor) zunimmt. In der Konsequenz werden also die Verteilungskonflikte noch mehr eskalieren und in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird die

Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen sozialer Spaltung und Ausgrenzung zu einem Dauerthema.

»Je mehr die Produktivkraft der Arbeit wächst, um so mehr kann der Arbeitstag verkürzt werden (...) der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages ist um so kürzer, der für freie, geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil ist also um so größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer anderen Schicht zuwälzen kann.«⁷

Die sozialistische Zukunftskonzeption zielt darauf, die vergesellschaftete Arbeit so zu organisieren, dass mit dem geringsten Kraft- und Zeitaufwand und unter den der menschlichen Natur würdigsten Bedingungen gesellschaftlicher Wohlstand für alle Gesellschaftsmitglieder erreicht wird. Die These vom Ende der Arbeit und einem gleichsam automatischen Übergang in eine moderne Dienstleistungsgesellschaft wurde nach Rifkin aktualisiert: »Gegen Mitte des 21. Jahrhunderts wird die Wirtschaft über die technische Ausstattung und die organisatorischen Möglichkeiten verfügen, Güter und Dienstleistungen für eine wachsende menschliche Bevölkerung mit nur einem Bruchteil der gegenwärtig Beschäftigten bereitzustellen. Wahrscheinlich wird man im Jahr 2050 nicht mehr als fünf Prozent der erwachsenen Bevölkerung benötigen, um die herkömmliche Industrie und ihre Betriebe zu leiten und in Gang zu halten. (...) Neue Beschäftigungsmöglichkeiten werden sich eröffnen, jedenfalls für die meisten Menschen, allerdings als bezahlte kulturelle Arbeit im kommerziellen Bereich.«⁸

Diese einfache Verlängerung der Entwicklungstrends ist fragwürdig. In der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft entscheiden nicht die technologischen Entwicklungstrends über die Struktur der gesellschaftlichen Arbeit, sondern die Akkumulations- und Verteilungsverhältnisse. Außer Betracht bleibt in derlei Szenarien die Veränderung in der Akkumulationsweise des Kapitalismus und den Konsequenzen: Massenarbeitslosigkeit, Wohlfahrtsverluste breiter sozialer Schichten, Wertschöpfungseinbußen und Expansion der unproduktiven Mehrwertverwendung.

Proklamiert wird von vielen Wissenschaftlern und Politikern ein Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft. Alle Arbeit wird, glaubt man den in

⁷ Karl Marx, MEW 23: 552

⁸ Rifkin 2000: 16f.

der Öffentlichkeit verbreiteten Stereotypen, zur Dienstleistungsarbeit: Gemeinnützige Tätigkeiten werden in den Diskursen zu einer grundsätzliche Alternative zur lohnabhängigen Erwerbsarbeit aufgewertet. Gemeinnützige Tätigkeiten fallen in den entwickelten kapitalistischen Staaten in den Bereichen Wissenschaft Ausbildung, Kunst, Kultur, Gesundheit und soziale Betreuung an. Statt durch eine Übertragung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie auf alle Sektoren, in denen Gemeinnützigkeit eine Rolle spielt, die Massenarbeitslosigkeit weiter zu erhöhen, könnte man in der Tat umgekehrt eine Ausweitung dieses Bereiches jenseits von Staat und kapitalistischer Marktwirtschaft einleiten. Die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften verfügen über genug Wirtschaftspotential, um sich einen stark ausgeweiteten Sektor jenseits von Staat und kapitalistischem Verwertungszusammenhang leisten zu können. Bedingung wäre allerdings: Wir müssen in die Verteilungsverhältnisse zu Lasten der Gewinn- und Vermögenseinkommen eingreifen und neben der materiellen Grundlage für den Dritten Sektor auch die Demokratisierung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie schaffen.

Durchgesetzt hat sich in den kapitalistischen Kernländern eine Gesellschaftspolitik, die die öffentlichen Dienstleistungen zurückfährt und den wirtschaftlich gut situierten Haushalten durch Steuersenkungspolitik größere Handlungsspielräume verschafft. »Die Politik des billigen Geldes, erhebliche Steuererleichterungen zum Beispiel bei der Immobilienfinanzierung, und eine Gesetzgebung, die äußerst freizügige private Kreditvergabe ermöglicht, haben die Kaufkraft der Haushalte immens gestärkt. Es sind in diesen Ländern vor allem die Haushalte der Mittelschichten, die über steigende finanzielle Spielräume verfügen. Diese Einkommen aber (...) sind dienstleistungsfreundlicher als Transfereinkommen.«⁹ Es gibt mithin für eine gesellschaftlich-politisch gewollte Expansion eines Dienstleistungssektors eine klare Alternative:

- entweder die Politik eines deregulierten, verschlankten öffentlichen Sektors und der Stärkung der Haushaltseinkommen der Mittelschichten oder aber
- Expansion eines öffentlich finanzierten Sektors (Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung) mit einer entsprechender Steuerpolitik. Schon jetzt gibt es allein in der Krankenversorgung und der gesundheitlichen Betreuung fünfmal so viel Beschäftigte wie in der Automobilindustrie.

⁹ Christ 2007

Festzuhalten ist für die aktuelle Entwicklung, dass die starke Expansion der Dienstleistungstätigkeiten sowohl mit dem starken Anstieg der Frauenerwerbsquote als auch mit einem größeren Gewicht der Finanzmärkte in der nationalen Ökonomie zu tun hat. Eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung hat neben anderem auch die Konsequenz, dass bislang im Haushalt privat erbrachte Leistungen nun marktförmig organisiert werden, was sich in der Ausweitung der haushaltsbezogenen Dienstleistungen niederschlägt.

Durch das Wachstum der Finanzmärkte entsteht eine Kultur der Spekulation, die mit einem erheblichen Wachstums an Finanz- und Beratungsdienstleistungen verknüpft ist. Fast die Hälfte der in den USA seit den 1980er Jahren neu entstandenen Jobs sind dem Dienstleistungssektor zu zurechnen. Zwei Drittel dieser neuen Tätigkeiten sind überdurchschnittlich qualifiziert und entsprechend bezahlt und ein Drittel gehört zu den schlecht qualifizierten und niedrig entlohnenden Dienstleistungsjobs. Über die Verallgemeinerung dieses »neofeudalen« Typus einer Dienstleistungsgesellschaft entscheidet also die Entwicklung der ökonomischen Widersprüche, die weitere Entwicklung der Verteilungskonflikte und schließlich die gesellschaftspolitische Entscheidung, ob die Mehrheit der Wahlbevölkerung eine durchkapitalisierte Dienstleistungsgesellschaft will.

Nach dem Umbruch der fordistisch-tayloristischen Betriebsweise des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gibt es weder einen entwicklungsfähigen Typus von Industriearbeit, noch einen neuen Akkumulations- und Regulationsmodus für die Ausbildung einer hochentwickelten Dienstleistungsgesellschaft. Von einer Rückgewinnung der Steuerungsfähigkeit kann angesichts der ungebrochenen Herrschaft der Finanzmärkte auch keine Rede sein. Der anstehende Übergang zu kapitalmarktgedeckten sozialen Sicherungssystemen – Altersrente, Gesundheitsversorgung, Bildung – vergrößert die hohe Labilität der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zusätzlich. In der Tat kann die Sicherung gegen Zukunftsrisiken nicht über Eigentumstitel erfolgen, sondern nur durch rechtlich verbürgte Ansprüche gegenüber einer Institution, die in der Zukunft Umverteilung durchsetzen kann. Das ist nach Lage der Dinge nur der Staat. Über die Zukunftsrisiken und damit die Struktur der gesellschaftlichen Arbeit im 21. Jahrhundert wird im Kontext der strukturellen ökonomischen Widersprüche und der Verteilungsauseinandersetzungen entschieden.

Grundlinien der absehbaren Entwicklung

Aufgrund der vorstehenden Erörterungen können als wesentliche Entwicklungslinien festgehalten werden:

1. Die Arbeitslosigkeit wird trotz wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Operationen bis zum Jahr 2010 nicht deutlich zurückgehen. Erst für die Phase bis 2020 ist aus demographischen Gründen mit einer deutlichen Reduktion der registrierten Arbeitslosigkeit zu rechnen.

2. Die verschärfte kapitalistische Konkurrenz wird weiterhin vor allem in der Industrie für einen hohen Rationalisierungsdruck und beschleunigten Strukturwandel sorgen. Zurecht wird in den Langfristprognosen von weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich gesprochen. Selbstverständlich behält die hochqualifizierte Facharbeit in dem abgesteckten Rahmen ihren Stellenwert und auch die einfache Arbeit wird mit Sicherheit nicht auf den verschwindenden Prozentsatz von Lohnarbeit im Bereich der Agrikultur heruntergedrückt werden.

3. Die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Automatisierung der Produktion und überbetriebliche Vernetzung werden die Qualifikationsstruktur der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers weiter verändern. Als Konsequenz setzen sich eine wachsende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse fort. Dieser Prozess wird durch die Förderung von Bildung und Qualifikation verstärkt. Schließlich ermöglicht die moderne Informationstechnologie eine Steuerung und Koordination der Produktionsorganisation und des Arbeitskräfteeinsatzes, mit der Konsequenz der Auflösung des Normalarbeits- oder Vollzeitarbeitsverhältnisses.

4. Auch wenn man verstärkte Anstrengungen der Gewerkschaften unterstellt und von einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz von gesellschaftlicher Regulierung ausgeht, wird die Vollzeiterwerbstätigkeit (Normalarbeitsverhältnis) weiter zurückgehen, während das Gewicht von Teilzeitbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Niedriglohnssektor) zunimmt. In der Konsequenz wird die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen sozialer Spaltung und Ausgrenzung zu einem Dauerthema.

Den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften geht keineswegs die Arbeit aus. Faktisch hat sich die Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren auf mehr Subjekte – bei Arbeitszeitverkürzung – ausgeweitet, zugleich löst sich das Normalarbeitsverhältnis auf und bei wachsender Qualifikation findet zugleich eine sich ölfleckartig ausbreitende Expansion schlechtbezahlter

und ungeschützter Arbeitsverhältnisse statt. Mit dem Übergang zur Zweiverdienerfamilie als dominanter Lebensform werden die patriarchalischen Strukturen aufgebrochen, aber nicht aufgehoben. Zudem ist dieser Transformationsprozess mit erheblichen Problemen der Organisation der Kindererziehung und einer massiven Ausgrenzung und Verarmung von unvollständigen und kinderreichen Familien verbunden.

Diese wachsende Armut für allein erziehende Mütter oder kinderreiche Familien erfordert – abgesehen von der Massenarbeitslosigkeit – einen wachsenden Einsatz gesellschaftlicher Mittel, zur deren Aufbringung die beschäftigten Lohnabhängigen nicht unter allen Umständen bereit sind.

Eine Entwicklung, bei der immer mehr Menschen aus dem gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozess ausgegliedert und gleichzeitig damit auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, ließe sich nur finanzieren, wenn die Grundlage der Aufbringung der Mittel vom Lohnbezug auf alle Revenueformen erweitert oder an die gesellschaftliche Wertschöpfung angekoppelt würde.

Möglichkeit und Blockade der Zeitautonomie für alle

Die Ausgestaltung eines modernen öffentlichen Sektors für sozial-kulturelle Dienstleistungen kann einen wesentlichen Beitrag zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit liefern. Unterstellt ist dabei ein entsprechender Eingriff in die Verteilungsverhältnisse und ein auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse gestützte gesamtgesellschaftliche Steuerung der Ökonomie. Eine weitere Komponente der Emanzipation der Lohnarbeit wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die angesichts der enormen Produktivitätsfortschritte in den reifen kapitalistischen Gesellschaften überfällig ist. Gleichwohl ist auch dieser politischer Ansatz umstritten, weil die Gewerkschaften mittlerweile – und Widerspruch gegen diese Feststellung hilft nicht weiter – kein wirksamer Gegenfaktor in den Verteilungsauseinandersetzungen mit dem Kapital mehr sind. Hinter den Verteilungsstrukturen stehen Machtverhältnisse und die entsprechenden gesellschaftlichen Eliten weigern sich, auf die Aneignung eines Großteils des gesellschaftlichen Reichtums und der frei verfügbaren Zeit der Gesellschaft zu verzichten. Wie kommen wir aus dieser Fehlentwicklung heraus ?

Moderner Kapitalismus ohne Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften entwickelten sich in der Nachkriegszeit zum wesentlichen Faktor der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, des Soziallohnes und

des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur. Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten ihre Steuerungs- und Sozialversicherungssysteme gewaltig aus. Natürlich gab es nationale Unterschiede, aber die allgemeine Entwicklungsrichtung war in allen kapitalistischen Hauptländern gleich. Die Wirtschaftsentwicklung sollte politisch kontrollierbar und unliebsame Marktergebnisse nachträglich korrigiert werden. Aktive makroökonomische Steuerung und sozialpolitische Umverteilung erweiterten das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Was nicht in direkten Verhandlungen mit der Kapitaleseite geregelt werden konnte, erfolgte über die Legislative. In der Wortschöpfung »Keynesianischer Wohlfahrtsstaat« kam dies plastisch zum Ausdruck.

Die Kernfunktion der Gewerkschaften besteht in der Gestaltung der Verkaufs- und Konsumtionsbedingungen der Ware Arbeitskraft. In den letzten Jahrzehnten konnten die Lohnabhängigen ihre Nettorealeinkommen nicht verteidigen und mussten zugleich bei der sozialen Sicherheit und den Arbeitsbedingungen etliche Verschlechterungen hinnehmen und dies, obgleich – von einzelnen Krisentiefpunkten abgesehen – insgesamt ein Wirtschaftswachstum, d.h. eine Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums erarbeitet wurde. Trotz ihrer Anstrengungen konnten die Gewerkschaften nicht verhindern, dass die Verhältnisse sich immer mehr zu Gunsten der Unternehmer- und Vermögenseinkommen verschoben haben. Für die Durchsetzung ihrer Vorschläge fehlte es ihnen immer mehr an der notwendigen Durchsetzungskraft.

Denn seit Jahren haben die DGB-Gewerkschaften einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Dieser Niedergang der Gewerkschaften als Mitgliederorganisation ist keineswegs eine Besonderheit des bundesdeutschen Kapitalismus. Der Bedeutungsverlust lässt sich auch bei den Wahlen beobachten, durch die die Arbeitnehmervertreter in unterschiedliche Gremien (Arbeitsgericht, Betriebsrat, Betriebskrankenkasse, Sozialversicherung etc.) entsandt werden. Die jüngeren Generationen, vielfach selbst Opfer von neoliberaler Deregulierungs- und Umverteilungspolitik, schrecken davor zurück, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Letztlich schlägt sich die Schwächung der Gewerkschaften in einer mehr oder minder starken Erosion des Tarifvertragssystems und einer schleichenden Aushöhlung der Tarifautonomie nieder.

Diese Tendenz, die Ware Arbeitskraft verstärkt den Prozessen der kapitalistischen Marktwirtschaft auszusetzen, schlägt sich in einer umfassenden Aushöhlung des in den Nachkriegsjahrzehnten erkämpften politisch-sozialen Status der Lohnabhängigen nieder. Der Abbau von Arbeitnehmer-

rechten, die Ausweitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Rückbau im Bereich der sozialen Sicherung (Lohnersatzzahlungen, Soziallohn) fasst sich letztlich in einer allgemeinen Absenkung des Lohnniveaus zusammen.

Vor der Folie der Krise des fordistischen Produktionsmodells, des »Rheinischen Kapitalismus« mit seinen sozialstaatlichen Regulierungen, und dem Übergang zur Herrschaft der Finanzmärkte und der Vermögensbesitzer prägen drei Veränderungen die Entwicklung der Gewerkschaften:

- Sie sind vielfach vollständig von der Bewältigung ihrer komplexen Tagesaufgaben absorbiert.
- Sie beschäftigen sich weder mit einer Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Lohnarbeitsstatuts noch mit dessen Zukunft.
- Eine systematische Aufklärung der eigenen Mitgliedschaft, der von Lohnarbeit lebenden BürgerInnen und einer mehr oder minder interessierten Öffentlichkeit findet nicht statt.

Die Einschätzung, dass der flexible Kapitalismus ohne harte Interessenvertretung auskommen könnte, wird durch die tagtäglichen Konflikte widerlegt. Die Organisationsformen und -inhalte haben sich für tarifvertraglich regulierte Erwerbsarbeit in den letzten Jahrzehnten radikal geändert. Parallel hat die Arbeitslosigkeit enorm zugenommen und die ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnisse haben ein beträchtliches Gewicht an der gesamtgesellschaftlichen Erwerbsarbeit. Grosse Bevölkerungsschichten werden aus dem Prozess der marktvermittelten Kapitalverwertung und Produktion ausgegrenzt oder z.T. in Erwerbsverhältnisse gezwungen, die objektiv die Funktion des Sozialdumpings gegenüber den »Normalarbeitsverhältnissen« erfüllen. Schon der Marktdruck wirkt auf die Beschäftigten in Richtung der Unterminierung von Tarifregelungen, eine Tendenz, die durch die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnisse verstärkt wird.

Eine entschiedene Interessenvertretung der wirklichen Produzenten in der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist unverzichtbar. Ohne Gegenwehr wäre die Ausbreitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen, die immer unverschämter geforderte Arbeitszeitverlängerung und die Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen die dominierende Tendenz.

Es ist nicht so, dass »über Nacht das neue Stadium des Kapitalismus (...) die Gewerkschaften gleichsam zum Anachronismus gestempelt«¹⁰ hat. Die Gewerkschaften haben zu lange gebraucht, um sich als lernende Organisationen auf den Strukturwandel und die neoliberale Gesellschaftspolitik einzustellen. Sie sind ein geschwächter Akteur und können ein revitalisierter Machtfaktor nur durch Gewinnung neuer Mitglieder und durch Erneuerung ihrer Handlungsparameter werden.

Die Gewerkschaften müssen sich stärker um soziale Sicherheit – Renten, Krankheit, Arbeitslosigkeit – kümmern. Kurzfristiges Ziel einer linken oder alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist daher die Rückführung der bundesdeutschen Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad, vornehmlich durch eine expansive Politik der binnenwirtschaftlichen Nachfragestabilisierung. Wir brauchen höhere Arbeitseinkommen, eine Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und eine Stabilisierung der Sozialkassen durch Einführung einer Bürgerversicherung – letztlich eine grundlegende Reform von Wertschöpfung und Verteilung. Allein eine solche Strategie kann entsprechende gesellschaftliche Kräfteverhältnisse für eine umfassende gesellschaftliche Veränderung eröffnen.

Stärker als in den Nachkriegsjahrzehnten stellt sich die Anforderung: Die Gewerkschaften dürfen sich nicht im alltäglichen Kleinkrieg mit dem Kapital verlieren. Das Ziel kann nur sein: die ökonomische Emanzipation der Lohnabhängigen durch die Gestaltung der politischen Macht. Die politische Ökonomie der Lohnarbeit zielt nicht nur auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Eine gerechte Aufteilung des erwirtschafteten gesellschaftlichen Produkts und damit eben auch der Verteilung der verfügbaren Zeit der Gesellschaft ist an eine Veränderung der Machtverhältnisse in der Ökonomie, d.h. in Unternehmen und gesellschaftlicher Ökonomie, gebunden.

Literatur

Albert, Michel (1992): *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt

Baethge, Martin (2000): *Abschied vom Industrialismus: Konturen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit*, in : *Sofi Mitteilungen* 28, S. 100

¹⁰ Müller-Jentsch 2006: 1240

-
- Beck, Ulrich (2006): Abschied von der Utopie der Vollbeschäftigung, in: NZZ vom 4./5. November
- Berliner Debatte Initial (2006): Neuer Keynesianismus 2006, Heft 4
- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarktkapitalismus, Hamburg
- Bosch, Gerhard (1998): Das Ende von Arbeitszeitverkürzung ? In: WSI Mitteilungen, Heft 6
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall, in: ders., Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz
- Brinkmann, Ulrich, u.a. (2005): Prekäre Arbeit, Bonn
- Castel, Robert (2001a): Die neue soziale Frage, in: Frankfurter Rundschau vom 3.9.2001
- Castel, Robert (2001b): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz
- Fourastié, Jean (1949, 1969): Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln
- Fourastie, Jean (1979) : Les trentes glorieuses: ou la revolution invisible de 1946 a 1975, Paris
- Christ, Harald (2007): Nur die Mittelschicht schafft Jobs in: TAZ vom 22.2. 2007
- Hengsbach, Friedhelm/ Möhring-Hesse, Matthias (2002): Verteilungspolitik im »Zeitalter des Arbeitsvermögens«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4-5
- Hensche, Detlev (1999): Geht der Gesellschaft die Arbeit aus?, in: Sozialismus, Heft 1
- Hensche, Detlef (2004): Neue Linkspartei: Angst vor der Alternative?, in: Sozialismus, Heft 6
- Hickel Rudolf (2007): Das Ende der Tarifpartnerschaft, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Heft 3
- Hirschel, Dierk (2006): Nach dem Ende der Deutschland AG, in: Süddeutsche Zeitung vom 5./6. August 2006
- Keynes, John Maynard (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Reuter, Norbert (1998): S. 115-127

Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin

Keynes, John Maynard (1937): Einige wirtschaftliche Folgen einer abnehmenden Bevölkerung, in: Reuter, Norbert (1998): S. 129-138

Müller-Jentsch, Walter (2006): Kapitalismus ohne Gewerkschaften, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Heft 10

Negt, Oskar (2001): Arbeit und menschliche Würde, Göttingen

Oberndörfer, Gerd u.a. (2004): Die Mär von der Besonderheit des Ostens, in: FR vom 23.09.

Rifkin, Jeremy (2000): Access, Frankfurt

Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt

Reuter, Norbert (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, Marburg

Welsch, Johann (2000): Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft, in : WSI-Mitteilungen, Heft 10

Bischoff, Joachim: Politische Ökonomie der Lohnarbeit im 21. Jahrhundert. S. 184-203 in: Horst Müller (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.
ISBN 978-3-8334-9769-8
Ein Textangebot des Portals <http://www.praxisphilosophie.de>
Ausdruck und Veröffentlichung bitte mit dieser Quellenangabe